Erinnerung an die grausame »Hasenjagd«

Mauthausen 2010 – eine beeindruckende Entdeckung

65 Jahre nach der Befreiung des KZ Mauthausen versammelten sich etwa 15 000 Menschen aus allen europäischen Ländern sowie aus China, den USA und Kanada, um derer zu gedenken, die in Mauthausen unter menschunwürdigsten Bedingungen arbeiten und ihr Leben lassen mussten.

Dieser KZ-Ort der »Lagerstufe III« war dazu geschaffen, um noch arbeitsfähige Häftlinge durch maßlose Ausbeutung in den Steinbrüchen und in der Rüstungsproduktion zu Tode zu schinden. Den mehr als 200 000 Gefangenen, von denen hier über 100 000 ermordet wurden, galt die beeindruckende Gedenkveranstaltung am 9. Mai 2010. Eine deutsche Delegation war in diesem Jahr besonders stark vertreten – mit fast 100 Teilnehmern, darunter 25 Jugendliche und 40 Freunde der Thüringer VVN-BdA.

Die Mitglieder der Exekutive des Internationalen Mauthausen Komitees (CIM), Eva Mendl und Ludwig Einicke, hatten die Ehre, vor der Tagung des CIM an einer Premiere teilzunehmen: Erstmals wurde ehemaligen Häftlingen der Konzentrationslager Gusen (eines der größten Nebenlager des KZ Mauthausen) eine Besichtigung der verbliebenen Stollen der Großbunkeranlage mit dem Decknamen »Bergkristall« in St.Georgen/Gusen ermöglicht. Vielfach wird hier von Überlebenden vernommen: »Ich bin ein zweites Mal geboren.« Und viele Jahre mussten erst ins Land gehen, ehe sie überhaupt davon reden konnten.

In den Gusener Lagern waren zwischen 1939 bis zur Befreiung am 5. Mai 1945 mindestens 71000 Menschen aus 27 unterschiedlichen Nationen inhaftiert. Mindestens 35 800 kamen aus den unterschiedlichsten Gründen zu Tode. Ihre Mörder »arbeiteten« vor allem im Auftrag der SS-eigenen Firma »Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH« (DEST) und der Rüstungsprofiteure Messerschmitt GmbH und Steyr – der Daimler-Puch AG. Die Dauer der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bis zum Tode belief sich auf maximal 3 Monate. Diese Stollenanlage, in der sie schufteten, war die zweitgrößte nach »Mittelbau-Dora« bei Nordhausen. Sie ist unmittelbar mit dem Begriff Holocaust verbunden – verübt vor allem an ungarischen Juden. Es entstand hier ein Zentrum der Kriegsproduktion, in dem vor allem Teile (Rümpfe) für die Flugzeuge Me 109 und später Me 262 unter strengster Geheimhaltung hergestellt wurden. Alle Häftlinge, die hier arbeiteten, waren Geheimnisträger und durften das Lager nicht lebend verlassen.



Während der Besichtigung am 7. Mai: Der ehemalige italienische Häftling Italo Tibaldi im Gespräch mit Ingenieuren der österreichischen Baufirma.

Massenmord durch Rüstungsindustrie

Seit einigen Jahren kämpfen die örtlichen und bundesweiten österreichischen Verfolgtenorganisationen und Gedenkinitiativen um den Erhalt und die Einbeziehung der verbliebenen Stollenreste in die Gedenkstätte.

Erschütternde Ereignisse des Januar 1945, deren bei der Veranstaltung gedacht wurde, gingen in die Geschichte des KZ Mauthausen als »Mühlviertler Hasenjagd« (nach SS-Jargon) ein. Der Versuch des Ausbruchs war für die meisten der über 500 sowjetischen Kriegsgefangenen das Ende ihres noch jungen Lebens. Zwei der Überlebenden legten dann nach 19 Jahren Kriegsende Zeugnis ab von den Grausamkeiten des Lagers und den Ereignissen jener kalten Winternacht, als sich die Bevölkerung an der »Hasenjagd« beteiligte. Aber es gab auch dies: Diejenigen, die den zwei ukrainischen Offizieren das Weiterleben möglich machten, waren diesmal hier in Ried/Riedmark vertreten durch die uns gut bekannte, vertraute Freundin Anna Hackl aus Schwertberg bei Mauthausen. Sie war damals 14 Jahre alt und erinnert sich noch sehr gut an den Tag. Wenige Tage vor unserer Zusammenkunft in Ried hatte der österreichische Nationalrat ein weiteres Mal die mit ihren fast 80 Jahren noch immer aktive Antifaschistin Anna Hackl hoch geehrt und die Tat ihrer Familie gewürdigt. Anna hielt eine sehr engagierte, emotional beeindruckende Rede, deren Blick nicht nur in die Vergangenheit gerichtet war, sondern schonungslos auch die Schwachstellen in der Bekämpfung aktueller Erscheinungen nazistischer Aktivitäten, die sie als unerträglich geißelte, offenlegte.

Anna widersetzte sich mörderischer Treibjagd

Dank unserem Freund, dem unermüdlichen Antifaschisten, Prof. Peter Gstettner aus Klagenfurt, wurde auch Rajmund Pajer als letzter Zeuge eines KZ-Außenlagers in der Klagenfurter Lendorf-Kaserne in Kanada, wo er heute lebt, aufgespürt. Was bis ins 21. Jahrhundert verschwiegen wurde, liegt nun auch als Zeitzeugenbericht in Buchform mit dem Titel »Ich war I 69186 in Mauthausen. Wie ich als Jugendlicher ins KZ-Netzwerk geriet und daraus befreit wurde.« vor. Ein beeindruckendes Zeitzeugendokument!

Ludwig Einicke

Weder entschädigt noch rehabilitiert

Treffen der Familien der unter Hitler und Adenauer Verfolgten

Die Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges lädt am 8. Juli in Essen zu einem Treffen ein.

Eingeladen dazu sind nicht allein jene, die in der Adenauer-Zeit politischen Verfolgungen ausgesetzt waren, sondern auch ihre Partnerinnen und Partner, Kinder und Enkelkinder. Sie alle haben unter den nie entschädigten Verfolgungsmaßnahmen gelitten. Die 10 000 betroffenen Opfer wurden nie rehabilitiert.

Wie wichtig die Erinnerung an dieses totgeschwiegene Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte ist, zeigen Berichte über das Koalitions-Gerangel in NRW. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Die Grünen, Volker Beck, stellte in diesem Zusammenhang fest: »Die Verfolgung in den Adenauer-Jahren war ein schwerer Fehler.« Doch sei dieser Fehler »im System« korrigiert worden: »Die Opfer sind durch Landeshärtefonds unter Rot-Grün bereits entschädigt worden.« Das sei ein wichtiger Unterschied zur DDR.

Das Gegenteil ist der Fall. Eine einzige Rückfrage bei einem der Opfer, Herbert Wils aus Hagen (64

(Fortsetzung auf Seite 2)

Zum Beispiel der Kreis Düsseldorf

»Wir haben jetzt unsere eigene Homepage«

Kommunizieren über das Internet ist heute selbstverständlich. Dort gibt es schnelle und aktuelle Information zu allem, was das Leben hergibt. Auch politische Organisationen und Verbände sind zunehmend im Internet präsent. Der Bundesverband der VVN-BdA hilft den Mitgliedsverbänden und Kreisorganisationen, sich eine solche Seite zu beschaffen.

Informationen, die für das Leben und Treiben unserer Organisation und befreundeter Gruppen notwendig sind, können jetzt auf der neugestalteten Homepage des Kreisverbandes der VVN-BdA Düsseldorf nachgelesen werden. Neues Design, klare Struktur und leichte Navigation machen es dem Nutzer leicht, die gewünschten Informationen zu finden.

Am Anfang stehen die wichtigsten Termine der nächsten Zeit, gefolgt von der Rubrik Artikel, in der man sich umfassend informieren kann. Eine umfangreiche Link-Liste verbindet mit

einer Vielzahl befreundeter Organisationen. Suchfunktion und Kontaktformular runden das Ganze ab. Ach ja, Mitglied werden kann man oder Frau dann auch noch.

Danke an die Bundesorganisation der VVN-BdA, die uns unkompliziert zu unserer Homepage verhalf. Der Bundeskongress unserer Organisation hatte den Aufruf: »Alle Gliederungen der VVN-BdA ans Netz« beschlossen. Wie den Düsseldorfern hilft die Bundesorganisation auch allen anderen Gruppen und Kreisen. In dem Beschluss vom Juni 2006 heißt es: »Der Bundesausschuss macht allen Organisationsgliederungen das Angebot, die technischen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für einen eigenen Internetauftritt zu schaffen. Es sollten Subdomains in der Form xy.vvn-bda.de bevorzugt werden.«

Jürgen Schuh
Kreisorganisation Düsseldorf

Alles nachzulesen unter: http://duesseldorf.vvn-bda.de



Infomaterial veröffentlicht

Einfluss des Militärs an Schulen zurückdrängen

Jugendoffiziere haben an Schulen nichts zu suchen. Unter dem Motto »Werben fürs Sterben« fordern nordrhein-westfälische VVN-BdA-Gruppen, insbesondere die VVN-BdA Essen, in Aktionen die Rücknahme der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Landesregierung.

Diese Vereinbarung gewährt ausgerechnet Vertretern der Bundeswehr, im Schulunterricht und in der Lehrerbildung Themen wie »Sicherheitspolitik«, »Globale Konfliktverhütung« und »Krisenbewältigung und nationalen Interessen« zu behandeln sowie für den Soldatenberuf zu werben. Dies steht im völligen Widerspruch zum humanistischen Bildungsauftrag der Schulen. Weiteres Informationsmaterial zum Thema ist zu finden bei www.nrw.vvn-bda.de.

Weder entschädigt noch rehabilitiert

(Fortsetzung von Seite 1)

Monate Knast unter Adenauer infolge Gesinnungsverfolgung) ergab: Keinen Pfennig Entschädigung. Zudem wurde für die 64 Monate Haft nichts in die Rentenversicherung eingezahlt. Eine zusätzliche Strafe bei Eintritt ins Rentenalter.

Das ist aber nicht die ganze Wahrheit. Viel schlimmer noch ist die Tatsache, dass bereits geleistete Entschädigungen für Zuchthaus- und KZ-Haft während des Naziregimes von den Opfern des Kalten Krieges zurückgefordert wurden. So musste der Mitbegründer der VVN-BdA und langjährige Häftling unter Hitler wie unter Adenauer rund 25.000 DM zurückzahlen.

Betroffene waren nicht nur Kommunisten. Auf einen vergessenen Vorgang, der nun 45 Jahre zurück liegt, machte das Bochumer Friedensplenum aufmerksam. Es erinnerte an den Prozess gegen die westdeutsche Friedensbewegung in Düsseldorf, von 1959 bis 1960. Angeklagt war das Friedenskomitee der Bundesrepublik. Dies war eine Organisation, die sich aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges

Verbotenes Buch vorgelegt

und der Blockkonfrontation im Kalten Krieg gegen die von der CDU/CSU vorangetrieben Wiederbewaffnung und den Aufbau der Bundeswehr formierte. »Staatsgefährdung« lautete die Anklage. Die Bemühungen der Anwälte und Zeugen wie Diether Posser, Heinrich Hannover, Gustav Heinemann und Martin Niemöller konnten nicht verhindern, dass ein hartes Urteil gesprochen wurde.

Es gelang der Justiz und den herrschenden Medien, den Prozess fast ohne öffentliche Beachtung ablaufen zu lassen. Als der aktive VVN-BdA-Kamerad Werner Blumenthal über den Prozess das Buch »Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Prozessbericht« herausbrachte, wurde das Buch bereits wenige Tage nach dem Erscheinen beschlagnahmt und verboten. Sonja Banna, die Tochter des verstorbenen Werner Blumenthal, hat das verbotene Buch jetzt in einer Ausstellung wieder vorgestellt, die einige Wochen in Bochum gezeigt wurde. Ein aktuelles Buch zum Thema legte Friedrich-Martin Balzer im papy rossa Verlag Köln vor, es heißt: »Justizunrecht im Kalten Krieg«.

J. Sch./U. S.

Die Ausstellung ist zu beziehen unter friedens-plenum@bo-alternativ.de. Und wer Interesse an dem Treffen der Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges hat, der wende sich an die VVN-BdA-Kameraden Gerd Deumlich und Karl Stiffel, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, Telefon (02 01) 22 51 47.

NRW-Verfassungsaussagen endlich verwirklichen

VVN-BdA-Vorschläge für eine linke Landtagsmehrheit

Der Text der Landesverfassung von NRW wird seit einiger Zeit behandelt wie ein dubioses Dokument des Extremismus. Daher wird er kaum zitiert. Er ist jedoch ein Dokument des antifaschistischen Konsenses. Verständlich, dass die VVN-BdA aus Nordrhein-Westfalen zu Beginn eines Schreibens an die neugewählten Landtagsabgeordneten Auszüge aus der von der bisherigen Regierungskoalition CDU/FDP ungeliebten Landesverfassung zitiert.



Bärbel Beuermann (MdL DieLinke) auf der Trauerfeier für Jupp Angenfort: »Wir wollen, dass der Landtag ihn rehabilitiert.« Bild: Vogler

Auch wenn es keine Regierungsmehrheit links von CDU und FDP geben sollte, so besteht dennoch eine Abstimmungsmehrheit. Diese könnte zur Verwirklichung der Landesverfassung und anderer grundlegender demokratischer Postulate genutzt werden.

Die VVN-BdA legt zahlreiche Vorschläge für eine andere Politik vor und bietet sich als Gesprächspartner an. Eine vordringliche Forderung ist die nach einem NPD-Verbot und einer Beseitigung des V-Leute-Unrechtssystems. Notwendig sei eine Aufarbeitung der Geschichte des Landtages, der zur politischen Strafjustiz des Kalten Krieges und zu den Berufsverboten ebenso geschwiegen habe wie zur Beteiligung zahlreicher Nazis an der Landtagsarbeit. Hierzu sollten sich die Landtagsabgeordneten verhalten.

Wörtlich heißt es in dem Brief: »Wir möchten Ihnen Glückwünsche aussprechen zu Ihrer Wahl. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn Sie auch nach dem vergangenen Wahlkampf noch das Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern suchten und Interesse an ihren Vorschlägen und Vorstellungen zeigten. Zu solchen Gesprächen sind wir bereit. Wir möchten dazu die folgenden Überlegungen vorbringen:

Wir möchten daher ganz betont auf einige Verfassungsaussagen verweisen, die wir für besonders aktuell halten. Grundsätzlich bitten wir dringend, die Lehren aus der Zeit von Faschismus und Krieg zu beherzigen, wie sie in unserer Landesverfassung – bezogen auf gesellschaftliche Ursachen des Faschismus - zum Ausdruck kommen:

Mindestlohn ist Verfassungsauftrag

›Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit. Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familien decken. Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn, das gilt auch für Frauen und Jugendliche.‹ (Artikel 24 der Landesverfassung NRW) Ergibt sich daraus nicht die Verpflichtung, dem Vorrang Privat vor Staat, Profit vor Mensch endgültig den Abschied zu geben? Zeigt sich nicht, dass die Schaffung eines ausreichenden Mindestlohnes ein unmittelbarer Verfassungsauftrag ist? Sollte das Recht auf Arbeit nicht endlich als Menschenrecht verstanden und verwirklicht werden?«

In dem Brief wird weiter auf die Artikel7 (Friedenserziehung), 26 (Mitbestimmung), 27 (Gemeineigentum, Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht) und 32 (Entzug des Wahlrechtes für Unterdrücker und Gewaltpolitiker) verwiesen.

Gegen Einfluss des Militärs auf die Schulen

Gefordert wird die Rücknahme der Kooperationsvereinbarung der bisherigen Landesregierung mit der Bundeswehr, mit der militaristisch in die Schulen hineinregiert wird und Schülerinnen und Schüler angeworben werden.

»Überhaupt sollte der Landtag sich nicht friedenspolitisch abstinent verhalten. Wann werden in NRW die Grünen-Fraktion und die SPD-Fraktion zur antimilitaristischen Vernunft zurückkehren, um die Truppen aus Afghanistan zurückholen zu helfen? Das Streitkräfteunterstützungskommando Köln und der Bundesverteidigungsministerium in Bonn organisieren die Einsätze Deutschlands auf den Kriegsschauplätzen der Welt und die Zivil-Militärische Zusammenarbeit zu Militäreinsätzen im In- und Ausland, auch in NRW. Es wurde eine ZMZ-Reservistentruppe für den Bundeswehreinsatz

(Fortsetzung auf Seite 4)

Antwort an Antifaschisten in OWL

»Auf solchen Rapper kann verzichtet werden«

Gütersloher SDAJler und VVN-Aktivisten beklagten sich über Angriffe von »Antideutschen«, nachdem ein gewisser Makss Damage als Rapper bei ihnen auftrat. Und zwar mit linksverbrämtem Antisemitismus und Gewalt- und Hasspredigten.

Landessprecher Ulrich Sander verwies auf eine Äußerung von Uri Avnery. Sie sei wichtig, weil »manche Leute sich gegen Israels Existenz wenden und alles ›auf Anfang‹ stellen wollen. Israel zu beseitigen, ist jedoch ein antisemitisches Kriegsprojekt!« Zu Avnery: Ihn fragte einmal das Neue Deutschland: Wie können Journalisten und Politiker dem Vorwurf des Antisemitismus entgehen, wenn Sie sich der israelischen Politik kritisch gegenüberstellen wollen? Der israelische Friedensaktivist antwortete: Sie müssen deutlich machen, dass sie nicht gegen die Existenz Israels sind, sondern lediglich das Interesse von Palästinensern und Israelis gleichermaßen berücksichtigen wollen. Das muß vollkommen klar sein. (ND 27.3.2006)

Dazu Ulrich Sander: »Vollkommen klar sein sollte auch, dass wir religiös begründete Gewalt und ebensolchen Terror nicht akzeptieren können, egal ob von Israelis oder von Arabern verübt oder von deutschen Militaristen propagiert. Die Grenze verläuft zwischen der Friedensbewegung und solchen Leuten, die Israels Existenz ablehnen; das heißt z.B. die Leiter von Arbeiterfotografie und der JW-Autor Werner Pirker. Ich meine, fällig wäre eine UNO-Erklärung, die besagt: Religiös verbrämte Kriegshetze darf nicht länger von der Religionsfreiheit gedeckt werden. In Anlehnung an Bert Brecht muß es heißen: Keine Freiheit der Religion, wenn sie Krieg verherrlicht oder als notwendig hinstellt und den Völkerhass fördert.«

Interessanter Reader erschienen

Auswertung der Antifa-Konferenz von Duisburg

Der Reader der antifaschistischen Februar-Konferenz liegt jetzt gedruckt vor und ist im Landesbüro der VVN-BdA erhältlich.

Die Broschüre weist erfreuliche Kontakte der antifaschistischen Initiativen und Organisationen zum Landesverband der Sinti und Roma NRW und zu türkischen Kollegen von DIDF aus. Neu waren auch offizielle Grußschreiben des SPD-Landesverbandes NRW und der Gewerkschaft der Polizei NRW.

Die Themen Moscheebau und Vorgehen gegen ProNRW werden auch Probleme sichtbar: Das Verhältnis von Religionsfreiheitsforderung und Antirassismus muss weiter diskutiert werden. Bei der Demo gegen ProNRW in Duisburg standen Antifaschistinnen und Antifaschisten plötzlich sehr rechten Türken an der Moschee gegenüber, mit denen sie nichts gemein haben. Ein weiteres Tabu-Thema wird in dem Reader behandelt: Wo steht der Militarismus heute bei seinem Aufbau einer Armee gegen den »Feind im Inneren«.

Und schließlich wird ausgesagt, dass sowohl die Totalitarismus- als auch die Extremismusideologie gegen alle linken, antifaschistischen Ansätze gerichtet sind, um eine demokratische Protestbewegung abzuwürgen; dies wird immer mehr aus Regierungshandeln und -aussagen deutlich. Antifaschistische Kräfte verstärken dagegen ihren Protest. Im Reader wird auch das Thema »Kritik des Extremismusbegriffs und der entsprechenden Praxis« behandelt. Referent war Detlef Peickert aus Aachen.

Der Reader von der 29. Landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW im Februar 2010 in Duisburg ist erhältlich bei der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, Gathe 55, 42107 Wuppertal

(Fortsetzung von Seite 3)

NRW-Verfassungsaussagen verwirklichen

im Innern geschaffen. Dazu muss sich der neue Landtag verhalten.«

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Antiziganismus

Widerstand sollte er gegen die ausländerfeindliche Pro-NRW entwickeln. Die in NRW übliche Abschiebepraxis ist zu beenden. Besonders das Los der ständig von Abschiebung bedrohten Sinti und Roma ist zu verbessern; ihnen ist das Bleiberecht zu gewähren. Dem Wirken gegen den Antisemitismus ist das Vorgehen gegen den Antiziganismus zur Seite zu stellen.

»Es vergeht kaum ein Tag und kein Wochenende, an dem nicht auch in unserem Land faschistische Banden auf den Straßen und Plätzen aufmarschieren. Die V-Leute-Praxis des Verfassungsschutzes im NRW-Innenministerium hat zur Stärkung des Neonazismus und zur faktischen Bestandsgarantie für die NPD geführt. Die Polizei sieht dem Treiben der Nazis wie gelähmt zu – und die Nazis entfalten sich weiter. Die Tolerierung faschistischer Umtriebe schreitet fort.« Zugleich bemühte sich die bisherige Landesregierung immer wieder an vorderster Stelle um den Ausbau des Überwachungsstaates.

Zum nazifreundlichen V-Leute-System

Insbesondere der Einsatz von V-Leuten zur faktischen Absicherung der NPD wird von der VVN-BdA verurteilt. »Wir hoffen, der neue Landtag wird dafür sorgen, dass NRW seinen Beitrag zum Verbot der NPD leistet. Wir erwarten vom neuen Landtag Initiativen, um die Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, ihre sozialen und bildungspolitischen Aufgaben zu erfüllen. Anders lassen sich Resignation der Bürgerinnen und Bürger und der wachsende Einfluss der Rechten kaum verhindern.

Als größte und sehr traditionsreiche Organisation der NS-Verfolgten und Opfer des Faschismus hat die VVN-BdA sich stets für die Entschädigung der Opfer des Faschismus eingesetzt. Wir werden es weiter tun. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung des neuen Landtages.«

Hilfe für die Opfer des Kalten Krieges

Die VVN-BdA äußert sich erfreut, »von einer nun dem Landtag angehörenden Abgeordneten anlässlich der Beisetzung unseres Ehrenvorsitzenden Josef Angenfort (ehem. Landtagsmitglied) zu hören: ›Und wir werden nicht Ruhe geben, bis es auch ganz offiziell aus dem NRW-Landtag heißt: Jung, wir haben dir Unrecht getan.‹ In Anspielung auf eine seiner Aussagen in der WDR-Dokumentation ›Als der Staat rot sah – Justizopfer des Kalten Krieges‹ sagte dies Frau Bärbel Beuermann (DieLinke NRW) in der Trauerrede für Josef ›Jupp‹ Angenfort. Er war 1951 der jüngste Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag und wurde 1954 trotz seiner Immunität, die er als Landtagsabgeordneter besaß, verhaftet und wegen seines Friedensengagements angeklagt und zu einer Zuchthausstraße von fünf Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Dass der Landtag von NRW sich nie für sein Mitglied Josef Angenfort eingesetzt hat, dass er nicht protestierte, als tausende Bürgerinnen und Bürger des Landes in der Zeit des Kalten Krieges in politischen Prozessen zu Haftstrafen verurteilt wurden, als zahlreiche von ihnen mit Berufsverboten belegt wurden – all das gereicht dem Landtag nicht zu Ehren. Nicht einmal eine Untersuchung leitete er ein, als ein Friedensaktivist, der 21jährige Arbeiter Philipp Müller, am 11. Mai 1952 in Essen bei einer Friedensdemonstration vor der Polizei getötet wurde. Der Landtag sollte sich dafür bei den politischen Opfern des Kalten Krieges und ihren Hinterbliebenen entschuldigen. Er sollte ferner eine Untersuchung zu dem Vorwurf einleiten, er habe in den ersten Legislaturperioden eine größere Anzahl von Nazis in seinen Reihen gehabt.«

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

VVN-BdA gegen Nazi-Aufmarsch am 4. September in Dortmund

»Keine Provokation am Antikriegstag!«

Die VVN-BdA Dortmund schrieb an den Polizeipräsidenten der Stadt: »Wir schließen uns den vielfältigen Forderungen nach einem entschlossenen Vorgehen gegen den für den 4. September geplanten Aufmarsch zum ›Nationalen Antikriegstag‹ der Nazis an.«

Weiter heißt es: »Wir ersuchen Sie, diesen Aufmarsch zu verbieten. Wenn das Verbot aus dem vorigen Jahr nicht höchstrichterlich bestätigt wurde, sollte dies nicht zu einem Verzicht auf ein Verbot durch die Dortmunder Polizei führen. Im vorigen Jahr haben Sie auf den kriminellen Charakter der Veranstalter des Nazi-Marsches in Ihrem Verbotsbeschluss abgehoben. Wir meinen aber, es sollte zudem der kriminelle Inhalt der Naziveranstaltung berücksichtigt werden, der zu erwarten ist.

Denn das Bundesverfassungsgericht entschied inzwischen: Wegen der besonderen Geschichte Deutschlands gilt in der Frage der Meinungsfreiheit für Nazis eine Ausnahme. ›Angesichts des Unrechts und des Schreckens, den die Naziherrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht habe‹, enthalte das Grundgesetz in diesem Punkt eine Ausnahme vom Verbot, ein Sonderrecht gegen bestimmte Propaganda zu schaffen. Denn ›das Grundgesetz kann weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des national-sozialistischen Regimes gedeutet werden‹ (Zitiert nach dpa).«

Befreiungsfest: Guter Auftakt für gemeinsame Aktionen

Antifaschisten aus der Deisterregion feierten 8. Mai

Anlässlich des 65. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus veranstaltete die VVN-BdA aus Wennigsen/Deister zusammen mit den DGB-Ortskartell Wennigsen am 8. Mai das erste Wenniger Friedens- und Befreiungsfest. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom DGB Barsinghausen, den Wenniger Jusos, dem Bündnis »Bad Nenndorf ist bunt«, der Linken Barsinghausen sowie dem unabhängigen Jugendzentrum Falkenkeller.



8. Mai in Wennigsen: Das erste Friedens- und Befreiungsfest feierten Antifaschisten aus vielen politischen Richtungen gemeinsam. Bild: hr

Mit über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg und beim anschließenden Fest wurden die Erwartungen der Veranstalter übertroffen. Die Teilnehmer kamen überwiegend aus dem Deisterbereich, vereinzelt aber auch aus dem 50 Kilometer entfernten Rinteln.

Bei der Gedenkveranstaltung sprachen der SPD-Landtagsabgeordnete Heiner Aller sowie der Regionsabgeordnete Stefan Müller von der Linkspartei kurze Grußworte, bevor der Hauptredner Helge Kister vom Arbeitskreis Regionalgeschichte den 8. Mai als Befreiungstag würdigte und faktenreich über die Zeit des Kriegsendes in Wennigsen und Umgebung referierte. Dabei merkte er kritisch an, dass in der Wenniger Chronik die Zeit von 1933 bis 1945 nicht nur im wesentlich ausgespart, sondern mit Hinweis auf abnehmende Arbeitslosenzahlen nach 1933 sogar positiv bewertet wurde.

Nazis proben Ersatz für Wunsiedel

Nach der Gestecktniederlegung und dem gemeinsamen Singen des Moorsoldaten-Liedes zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer »Spontandemo« durch den Ort zum AWO-Gebäude, in dem die Veranstaltung auf Grund der kühlen Temperaturen fortgesetzt wurde.

Hier informierte Jürgen Uebel vom Bündnis »Bad Nenndorf ist bunt« über die Naziaufmärsche der letzten Jahre zum Winklerbad und wies warnend auf die immer größere Bedeutung Bad Nenndorfs für die neofaschistische Szene hin.

Inzwischen wird der »Heuchlermarsch« zum Winklerbad immer mehr zur Ersatzveranstaltung für das verbotene Hess-Gedenken in Wunsiedel und hat bereits bundesweite bzw. sogar europaweite Bedeutung für die rechte Szene.

Der Aufruf, dem rechten Aufmarsch am 14.8. entschieden entgegen zu treten und nach Möglichkeit zu verhindern, wurde von allen Anwesenden unterstützt, auch wenn zu Recht darauf hingewiesen wurde, dass Bad Nenndorf nicht mit Dresden oder Berlin vergleichbar sei.

Bei Grillwurst und veganem Chili ergaben sich an den Tischen und den verschiedenen Infoständen weitere, teilweise sehr lebhafte Diskussionen und der erwünschte Informationsaustausch unter den verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Gruppen fand reges Interesse.

Im Vorfeld hatte es von Seiten der Gemeinde-SPD „Störmanöver“ unter Hinweis auf den gegen die VVN gerichteten Unvereinbarkeitsbeschluss von 1947 gegeben, die aber durch die Teilnahme des MdL Heiner Aller sowie diverser SPD-Mitglieder konterkariert wurden. Inzwischen hat sich aber bei einigen, wohl hervorgerufen durch das gelungene Fest und die allseits positive Berichterstattung in der lokalen Presse, doch etwas verändert.

So wollen die Jusos des SPD OV Wennigsen beim nächsten Bundesparteitag den Antrag einbringen, den Unvereinbarkeitsbeschluss aus der Zeit des kalten Krieges aufzuheben.

hr

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Lüneburgs NS-Geschichte

»Bestrafte Liebe«

Unter dem Titel »Für eine Liebe so bestraft…« hat die Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA jetzt eine weitere Schrift zur örtlichen NS-Stadtgeschichte herausgebracht. Diese Broschüre wurde am 8. März, dem Internationalen Frauentag, bei einer Veranstaltung vorgestellt.

In der Broschüre wird die Verfolgung und Verurteilung vieler Frauen der Lüneburger Region dargestellt, deren »Verbrechen« darin bestand, einen nicht-deutschen Mann zu lieben. Sie lebten im Privaten Menschlichkeit in unmenschlicher Umgebung. Unglaublich, welche Energie viele Bürger der Region aufbrachten, um diese Liebesverhältnisse zu unterbinden und zu ahnden, wie tief verwurzelt der rassistische Hass und die Volksgemeinschaftsideologie in der Gedankenwelt dieser »netten Nachbarn« saß. Für alle diese Verfolgungstäter gab es Handlungsalternativen selbst im NS-System, die sie aber bewusst nicht nutzen wollten. Auch für die Lüneburger NS-Justiz, die Staatsanwälte und Richter, gab es Alternativen. Aber nicht eines der aufgeführten Urteile gegen diese Frauen wurde wegen »besonderer Milde« mittels einer Nichtigkeitsbeschwerde aufgehoben oder in einer Revision kassiert. Im Gegenteil: Es wurde sogar über das vorgesehene Strafmaß hinaus abgeurteilt mit Begründungen wie dieser: »Schließlich ist in hohem Maße belastend für sie, dass sie sich mit einem Polen abgab. Die Minderwertigkeit dieses Volksstammes … ist allgemein bekannt und eine deutsche Frau darf sich mit einem Polen nicht auf eine Stufe stellen.« Die Justiztäter wurden nach 1945 nicht belangt, sondern blieben im Gerichtswesen tätig – vielfach in Lüneburg.

Die Broschüre ist für 3 Euro bei der VVN-BdA Lüneburg erhältlich, Infos unter www.vvn-bda-lg.de.

NIEDERSACHSEN

Schüler gestalteten Feierstunde

Peine: 10. Klasse der Bodenstedt-Wilhelmschule wurde aktiv

Eine besondere Veranstaltung zum »Tag der Befreiung« am 8. Mai fand in Peine-Herzberg am Ehrenmal der VVN – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten statt. Schülerinnen und Schüler einer 10. Klasse der Peiner Bodenstedt-Wilhelmschule gestalteten diese beeindruckende Feierstunde.



Die Zehntklässler der Bodenstadt-Wilhelmschule und ihre Lehrerinnen am Ehrenmal der VVN-BdA in Peine-Herzberg. Bild: Clemens Hüther

Nach den Klängen von Xavier Naidoo »Halte durch« entrollten die jungen Menschen ein Plakat, auf dem z.B. die Worte »Tausend kleine Tränen« und »Es wird alles vorbei gehen, wenn wir füreinander einstehen«, standen. Auch hatten sie Eindrücke zusammengefasst, die sie aus Interviews mit Überlebenden des Zweiten Weltkrieges gewonnen hatten. Für ihre Wünsche an die Angehörigen und für ein Leben ohne Faschismus zündeten die Jugendlichen Kerzen an und luden die Anwesenden ein, es ihnen gleich zu tun. Diese formulierten ebenfalls ihre Gedanken zur faschistischen Gefahr, gegen Neonazismus und für den Frieden, ehe sie die Kerzen abstellten. Einige Tage vorher hatten die jungen Menschen in der örtlichen Zeitung auf einer ganzen Seite, der »jups«, Artikel zum 8. Mai veröffentlicht.

Zuvor hatte die stellvertretende Landrätin Doris Meyermann (Grüne) vor den etwa 40 Anwesenden das Engagement der Schülerinnen und Schüler gelobt. Sie warnte eindringlich vor den zunehmenden Aktivitäten der Nazis und wies auf den militärischen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hin. In den letzten Jahren hatten Peiner Persönlichkeiten wie der Ehrenbürger und ehemalige Stadtdirektor Dr. Willy Boß, Dr. Kurt Stähler, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG oder die Superintendentin Christa Gerts-Isermeyer die Ansprachen gehalten.

Der Kreisvorsitzende der Peiner VVN-BdA Peter Baumeister freute sich ebenfalls über die Aktivitäten seiner ehemaligen Schüler mit den Lehrerinnen Annette Beutner und Inga Laufer. Er sagte, es sei »das bewegendste Gedenken« und hoffe, »dass die Beteiligung von Jugendlichen zu einer festen Einrichtung wird«.

Musikalisch wurde die Veranstaltung von Gewerkschaftssekretär Horst Redemann umrahmt, der zum Schluss das Lied der Moorsoldaten anstimmte. Danach legten die Vertreter von Parteien, Stadt und Landkreis sowie anderer Institutionen Kränze nieder. **P.B.**

BERLIN

»pro«-Rechte wünscht Keimzelle in der Hauptstadt

Berliner VVN-BdA ruft gegen Rassisten-Bundesparteitag am 17. Juli in Berlin auf

»Egal, unter welchem Dach sich Rassisten oder Nazis versammeln, ob im Rathaus Schöneberg oder anderswo – wir werden da sein! Wir wollen weder ihre Parteitage noch ihre Anwesenheit in Parlamenten in Berlin!«

Mit diesem Vorsatz endet der Aufruf der Berliner VVN-BdA gegen den auf den 17. Juli verlegten Bundesparteitag der selbsternannten Bürgerbewegung »pro Deutschland«. Er soll als Sprungbrett für den am 5. Juni nach eigenen Verlautbarungen durch eine »kleine, aber engagierte und mutige Keimzelle« gegründeten Landesverband »pro Berlin« für die Berliner Abgeordnetenhauswahl 2011 dienen.

Zusammengesetzt aus »geläuterten« Nazis, Rassisten und Sozialdarwinisten versuchen sie gemeinsam mit rassistischen Parteien wie Vlaams Beelang, Lega Nord, FPÖ sowie in einer Reihe mit Pax Europa, anderen Pro-Bewegungen und Freien Wählervereinigungen, mit Moscheegegnern wie der Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB) Ängste vor einer angeblichen »Überfremdung« zu schüren und ein »Feindbild Islam« aufzubauen sowie dieses für eine Kultivierung sozialer Ungleichheit zu nutzen. Sozioökonomische und politische Aspekte werden als kaum zu überwindende kulturelle Modelle verschleiert und der Islam als eine Art Vehikel benutzt, um soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn mit dem Grundrechteabbau zu legitimieren. Dabei besetzen sie die Grauzone zwischen rechtskonservativen Kreisen und Neonazis. Die Querverbindungen und die inhaltliche Nähe einiger ihrer Funktionäre und Mitglieder u.a. aus der früheren Zugehörigkeit zur NPD, DVU, den Republikanern oder anderen Nazistrukturen sollen durch eine öffentliche Abgrenzung und eine vorgeschobene Rückbesinnung auf ein »christlich-jüdisches Abendland« und seine »Werte« verdeckt werden. In derselben

»pro«-Verbindungen zu Neonazis

fragwürdigen »Logik« steht die Ankündigung von Filip Dewinter vom Vlaams Belang, der Nachfolgeorganisation des wegen Rassismus 2004 verbotenen Vlaams Blok als »prominenten« Besucher und Repräsentanten eines »erfolgreichen nonkonformen Politikmodells«, welches bei den Wahlen am 13. Juni in einigen Wahlkreisen Belgiens erfreulicher Weise mit dem Verlust von mehr als der Hälfte der Stimmen »belohnt« wurde.

Ein noch größeres Debakel wird »pro Berlin« bei den Wahlen 2011 erleben. Einen gezielten Angriff auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – unabhängig von Religion und Herkunft – werden Berlinerinnen und Berliner nicht zulassen. Das zeigt sich schon jetzt durch die zahlreiche Unterstützung des Aufrufes zu den Protesten am 17. Juli ab 12 Uhr vor dem Rathaus Schöneberg.

Dirk Stegemann

Aufruf und Informationen unter http://rechtspopulismusstoppen.blogsport.de

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Neue Gedenktafel für Frauengefängnis

8. Juni: Einweihung in der Barnimstraße

»Die Beschäftigung mit Häftlingen wie Helen Ernst, Eva-Maria Buch und Elfriede Brüning macht uns Mut für unser Leben. Wenn wir bewusst und mit offenen Augen durch das Leben gehen, werden wir hoffentlich erkennen, wann es gilt zu handeln und die dafür erforderliche Kraft und Entschlossenheit aufzubringen.« Das sagten Daria und Saskia, zwei Schülerinnen der Spartacus-Grundschule, bei der Enthüllung einer neuen Gedenktafel an der Barnimstraße am 8. Juni.

»Von 1868 bis 1974 stand hier das Berliner Frauengefängnis Barnimstraße«, informiert der von den Schülern und Vertretern der Berliner VVN-BdA entwickelte Text der Tafel. »Darin waren Frauen aus unterschiedlichsten Gründen inhaftiert. In der 1920 eingerichteten Entbindungsstation wurden viele Kinder geboren. Von 1933 bis 1945 stellten politisch verfolgte Frauen die Mehrheit der Häftlinge. Über 300 von ihnen wurden in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee ermordet.«

Hans Coppi, der 1942 im Frauengefängnis das Licht der Welt erblickte, erinnerte an seine Mutter Hilde Coppi. Er forderte, dass an der Barnimstraße endlich ein Gedenkort eingerichtet wird. 2008 war ein Wettbewerb durchgeführt worden, doch für die Realisierung fehlt bisher das Geld.

Der Vorsitzende der Berliner VVN-BdA wies auch darauf hin, dass das Charlottenburger Amtsgerichtsgefängnis in der Kantstraße, wo ebenfalls viele Nazi-Gegnerinnen inhaftiert waren, gerade an einen privaten Investor veräußert worden ist und dass es dort nicht einmal eine Erinnerungstafel gibt.

Angebracht wurde die von Bettina Kubanek gestaltete Tafel an dem Gitter, das heute einen Jugendverkehrsübungsplatz umgibt.

Claudia von Gélieu

Weitere Informationen in: Gélieu, C. v.: Frauen in Haft. Gefängnis Barnimstraße. Berlin 1994



Am 65. Jahrestag der Befreiung Berlins am 24. April besuchte eine Delegation russischer Kriegsveteranen und Jugendlicher das Ehrenmal in Berlin-Treptow. Professor Stefan Doernberg (1. Reihe, 5. von links) trat dort als Redner auf. Es war der letzte öffentliche Auftritt unseres verehrten Kameraden, der wenige Tage später 85-jährig verstarb. Der Berliner war 1945 als kämpfender Offizier und Dolmetscher der Roten Armee in seine Heimatstadt zurückgekehrt und an den Verhandlungen zur Kapitulation Berlins beteiligt. Seiner Einladung zur Siegesparade, am 9. Mai in Moskau, konnte er nicht mehr folgen. Bild: D. St.

Antifa Jour fixe: Zeuge berichtet über Demjanjuk-Prozess

»Vergeben kann ich nicht!«

Am 17. Mai berichtete Kamerad Kurt Gutmann (83 Jahre) im Rahmen des »Antifa Jour fixe« der Berliner VVN-BdA über den bisherigen Verlauf des in München stattfindenden Nazi- und Kriegsverbrecherprozesses gegen John Demjanjuk.

Gutmann, dessen Mutter und ältester Bruder in Sobibor ermordet wurden, ist der einzige zugelassene deutsche Nebenkläger des Prozesses. Im Café Sibylle mussten zusätzliche Stühle aufgestellt werden. Für die musikalische Umrahmung sorgte »Klezmorim Sennomaj«.

Im Anschluss an die Ausführungen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Als Kurt erwähnte, dass er als Nebenkläger alle verbundenen Ausgaben aus eigener Tasche finanzieren muss, entstand die Idee einer Spendensammlung. Noch am selben Abend kamen 110 Euro zusammen. Bis Herbst soll die Sammlung fortgesetzt werden. Spenden mit dem Verwendungszweck »Nebenklage Sobibor« bitte auf das Konto der Berliner VVN-BdA (siehe Impressum).

Ursula Böhnke-Kuckhoff veröffentlichte Kurt Gutmanns Erinnerungen unter dem Titel »Wer möchte nicht im Leben bleiben…« (Preis: 5 Euro). **J. H.**

Der »Antifa Jour fixe« findet an jedem dritten Montag im Monat um 18.30 Uhr im Café Sibylle in der Karl-Marx-Allee 72 in Berlin-Friedrichshain statt. Am 19. Juli liest Vera Friedländer aus ihrer Autobiografie »Ich bin Vergangenheit du Gegenwart«.

Wer nicht feiert, hat verloren!

VVN-BdA begeht 65. Jahrestag der Befreiung

Wer nicht feiert, hat verloren. Das sagten sich am 8. und 9. Mai 2010 auch tausende Berlinerinnen und Berliner, die die zahlreichen Veranstaltungen der Berliner VVN-BdA besuchten.

Den Start bestritt am 23. April die VVN-BdA Köpenick. Die VVN-VdA konnte am 8. Mai das Gelände des früheren Flughafens Tempelhof nutzen, um unsere Forderung zu erneuern, dass dort mit einer Gedenkstätte an das KZ Columbiadamm und die Zwangsarbeiterlager erinnert wird. Hunderte kamen zur »Mutter Heimat« im Treptower Park, der jährlichen Veranstaltung des BdA-Treptow am 8. Mai. Auch in Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Berlin-Mitte und vielen anderen Bezirken hatten unsere Mitglieder gut besuchte Gedenkveranstaltungen organisiert.

Tausende Berlinerinnen und Berliner von 5 bis 95, darunter ein großer Teil aus der ehemaligen Sowjetunion, feierten mit uns am 9. Mai im Treptower Park gegenüber dem sowjetischen Ehrenmal. Die neue Neofa-Ausstellung, als Freilichtausstellung an einer langen Wäscheleine präsentiert, fand großes Interesse. Fünf neue Mitglieder erklärten ihren Eintritt in unseren Verband. All das macht Mut. **A. N.**

Kulturfest und Blockade

Nazis kamen am 8. Mai in München nicht durch

Ein Kriegerdenkmal beim Münchner Waldfriedhof hatten sich die Neonazis dieses Jahr ausgesucht, um den 8. Mai, den Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, mit einer braunen Heldenverehrung zu schänden.



Unterwegs zu Kulturfest und Nazi-Blockade. Bild: Werner Rauch

Schnell hatte sich – ausgehend von den vom angekündigten Nazimarsch betroffenenen Stadtvierteln und den dortigen Bezirksausschüssen – ein breites parteien- und organisationsübergreifendes Bündnis gegen die braune Provokation gebildet. Nachdem die genehmigte Nazidemonstration auch an einer Unterkunft für Flüchtlinge und Immigranten vorbeiziehen sollte, wurde dort in unmittelbarer Nachbarschaft ein Kulturfest »München ist bunt« organisiert, nicht zuletzt auch als ein »Schutzwall für die Flüchtlinge«, wie ein Redner der Caritas betonte.

Viele Jugendliche und Kinder aus dem Heim beteiligten sich an den Kulturfest-Aktivitäten; Bürgerinnen und Bürger aus der Nachbarschaft und Nazigegner aus der ganzen Stadt strömten immer zahlreicher zum Festplatz, hörten Musik, Reden (unter anderem von Oberbürgermeister Christian Ude und dessen Amtsvorgängern Hans-Jochen Vogel und Georg Kronawitter), und labten sich an Gegrilltem. Und die meisten von ihnen begaben sich anschließend auf die Straße neben dem Festgelände, um die Nazis am Vorbeimarsch zu hindern.

Aus der Rede von Micky Wenngatz

Micky Wenngatz, Mitglied im Bezirksausschuss 19 und Koordinatorin des Kulturfests »München ist bunt!«, konnte am folgenden Tag in einer öffentlichen Erklärung unter anderem festhalten:

»›Heute ist zwar trübes Wetter, aber in meinem Herzen scheint die Sonne, wenn ich die vielen tausend Menschen sehe, die sich dem braunen Spuk entgegenstellen‹, sagte Martin Löwenberg, KZ-Überlebender, in seiner ergreifenden Rede am 8. Mai 2010 auf der Bühne des Kulturfestes ›München ist bunt!‹ Ich glaube, so ist es uns gestern allen ergangen. Über 4.500 Münchnerinnen und Münchner haben sich am 8. Mai friedlich in Fürstenried-West den Nazis in den Weg gestellt. Das hat es in München lange nicht mehr gegeben. Wir können voller Stolz sagen: ›München trotzt dem Neonazi-Spuk mit erfolgreicher Blockade‹, denn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt konnten mit einer Blokkade in Fürstenried-West einen Aufmarsch der Neonazis erfolgreich stoppen und sie zur Umkehr zwingen.

Dieser Erfolg konnte nur Dank der engagierten Hilfe vieler Menschen aus Parteien, antifaschistischen Gruppen und Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften, Sportvereinen und vieler gesellschaftlicher Einrichtungen gelingen und – und das möchte ich an dieser Stelle betonen – weil sich anfängliche Skepsis bei einigen Älteren gegenüber den jungen Menschen aus Antifa-Initiativen (und umgekehrt) bald in die Erkenntnis verwandelte, dass wir nur alle zusammen stark genug sind, den Nazis entgegen zu treten und zahlreich genug sind, sie zu blockieren. (…)

Beispiele wie Erfurt, Dresden oder München Fürstenried-West zeigen: Nur gemeinsam, in Bündnissen, die niemanden ausgrenzen, die autonome Antifagruppen ebenso einschließen wie bayerische Blaskapellen, Parteien von CSU, SPD, Grüne, FDP bis DKP und Die Linke, Gewerkschaften, Kirchen und Bezirksausschüsse. Nur im Schulterschluss aller gesellschaftlichen Gruppen kann man gegen Nazis nicht nur protestieren, sondern sie auch blockieren.«



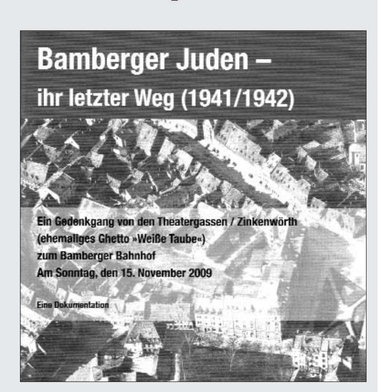
… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli
Werner Kohn, Bamberg, 70 Jahre; Günter Wangerin, München, 65 Jahre; Edith Offner, München, 60 Jahre.

August
Hilde Faul-Gerber, Nürnberg, 90 Jahre; Erich Schreier, Röthenbach, 81 Jahre; Lore Schwaiger, Schöngeising, 75 Jahre.

Bamberg: Gedenkweg für die Deportierten

Im November 2009 hatte die AG Gedenkarbeit des Bamberger Bündnisses gegen Rechts den letzten Weg der Bamberger deportierten Juden in sechs Stationen nachvollzogen. Dieser Weg führte vom ehemaligen Ghetto »Weiße Taube« bis zum Bamberger Bahnhof, von wo insgesamt fünf Transporte mit über 320 Personen nach Riga, Lublin und Theresienstadt in den Tod gingen. Die für diesen Gedenkweg erarbeiteten Texte und Archivmaterialien sind nun in gedruckter Form erschienen, was nicht zuletzt mit finanzieller Hilfe durch den Landesverband Bayern der VVN-BdA geschehen konnte. Enthalten sind neben den Texten zu den einzelnen Stationen auch sämtliche Namen und Wohnadressen sowie Zwangswohnungen der deportierten Bamberger Juden, die Namenslisten der Deportationen und zahlreiches Archivmaterial hierzu.



Die Dokumentation kann zum Preis von 5 Euro plus Porto angefordert werden bei: VVN-BdA Bamberg, Günter Pierdzig, Kunigundendamm 55, 96050 Bamberg, Tel. (0951) 2082398, E-Mail: guenter_pierdzig@hotmail.com

Nach Naziüberfall auf Jugendlichen

Solidaritätsaktionen in Nürnberg und Fürth

Über 1500 Menschen folgten am 8.Mai in Nürnberg nach dem brutalen Übergriff eines Neonazis auf einen 17-Jährigen dem Aufruf des »Soli-Komitees gegen Rechts«. Sie demonstrierten in Nürnberg und Fürth gegen Neonazis und rassistische Gewalt. Auf der Kundgebung am sprach neben anderen auch Christel Hausladen-Sambale vom Kreis- und Landesvorstand der VVN-BdA:

»Im Namen der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes-Bund der AntifaschistInnen möchte ich als allererstes dem Opfer des hinterhältigen Naziüberfalls die besten Wünsche für seine Gesundheit übermitteln. Wir freuen uns mit seiner Familie, dass er diesen Mordversuch überlebt hat. Ich bitte seine Familie, ihm unsere Solidarität zu übermitteln und wir wünschen ihm gute Besserung. Er hat unser Mitgefühl und wir versichern ihm: Er steht nicht allein.

Wir als VVN-BdA haben uns in der Vergangenheit entschieden dafür eingesetzt und wir werden dies auch weiter tun, dass alle Naziorganisationen, wie sie auch heißen mögen und in welcher Tarnung sie auch immer auftreten, endlich verboten werden.

Heute am 8. Mai vor 65 Jahren wurde unser Land von den Streitkräften der Alliierten vom Faschismus befreit. Es ist unerträglich und beschämend, dass seit 1990 bei uns über 149 Menschen von Nazis umgebracht wurden. Sie wurden ermordet, weil sie anders aussahen, weil sie arm waren oder sich demokratisch engagierten. Und es ist erschreckend, dass kaum eine Woche vergeht, in der es Nazihorden erlaubt wird, andere Menschen mit ihren dummen, sozialdemagogischen, menschenverachtenden Sprüchen und Aufmärschen zu terrorisieren, geschützt von einer Polizei, die mit unseren Steuergeldern bezahlt wird.

Es ist gut und richtig, dass sich diesen Ewiggestrigen immer mehr Menschen in den Weg stellen und ihre Aufmärsche und Aktionen verhindern. Denn wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!«



Kundgebung am 8. Mai in Nürnberg. Bild: Privat

Ernst Grube: »Wasser auf rechtsextreme Mühlen«

Zum Beispiel Schweinfurt: Sozialabbau stärkt neonazistische Gruppen

Eine der Städte, die sich die Neofaschisten in diesem Jahr am 1. Mai für provokative Aufmärsche und Veranstaltungen ausgesucht hatten, war Schweinfurt. Auch wenn es dort nicht gelang, dies letztlich ganz zu unterbinden, so wurde doch mit vielfältigen Aktivitäten und Bündnissen dokumentiert, dass die braunen Truppen unerwünscht sind.

Zu den Rednerinnen und Rednern bei den Anti-Nazi-Aktionen in Schweinfurt gehörte auch VVN-BdA Landessprecher Ernst Grube. Hier einige Auszüge aus seinem Referat, die – nicht zuletzt angesichts offizieller »Spar-Pakete« – ungebrochen aktuell sind:

»Rufen wir uns ins Gedächtnis, dass die Nazis, gerade an die staatliche Macht gelangt, die ersten Konzentrationslager, z.B. in Dachau, errichtet hatten, um Sozialdemokraten, Kommunisten, aktive Gewerkschafter und andere politische Gegner dort einzusperren, zu quälen, um den Widerstand gegen ihre Vorhaben zu beseitigen. Rufen wir uns ins Gedächtnis, dass die Nazis dann um den 1. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser überfielen und den 1. Mai zum ›Tag der deutschen Arbeit‹ machten. Mit solchem Terror gegen die aktive Arbeiterbewegung begannen sie ihre ›deutsche Volksgemeinschaft‹ zu formen. Dies war die Basis für die weitere Verfolgung und die Vorbereitung zum Vernichtungskrieg.

Unverzichtbar ist dieses geschichtliche Wissen und diese Erfahrung, damit wir den derzeitigen antidemokratischen, den militaristischen und neonazistischen Erscheinungen gewappnet entgegentreten können. Die Neonazis leugnen oder relativieren die Verbrechen der Nazis. Konzentrationslager, wie zum Beispiel Flossenbürg, sind für sie ›Arbeitslager‹ gewesen. Sie leugnen die Verbrechen der Wehrmacht. Im Programm der NPD heißt es: ›Die tapfere Haltung deutscher Soldaten aller Zeiten muss Vorbild der Bundeswehr sein.‹

Die Hauptfeinde der Nazis sind heute die Menschen, die sich ihnen in Bürgerinitiativen und in den Parlamenten entgegenstellen. Die zunehmende Gewalt betrifft nicht nur eingewanderte und jüdische Menschen, Behinderte, Obdachlose. Die Nazi-Gewalt richtet sich immer mehr auch gegen ihre politischen Gegner. Angriffe und Drohungen der Neonazis auf engagierte Bürger werden immer brutaler.

Das Erstarken faschistischer Gruppen wird begünstigt durch den sozialen Kahlschlag, durch die Angst um Arbeitsplatz, Einkommen und eine gesicherten Perspektive in der Gesellschaft. Furcht vor solchen Verlusten, die reale Ausgrenzung, Armut und die zunehmende systematisch herbei geführte Verarmung des öffentlichen Sektors ist Wasser auf die Mühlen der rechtsextremen Kräfte. Als gelehrige Schüler der Hitlerfaschisten wollen sie sich als wahre Vertreter der in der Gesellschaft sozial Ausgegrenzten etablieren. Ihre Lösungsangebote sind: ›Arbeitsdienst‹, ›Arbeitsplätze nur für Deutsche‹ und ›Ausländer raus!‹

Für mich als Überlebenden des Holocaust, als Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und als stellvertretender Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau ist es unfassbar, dass diesem Treiben kaum Einhalt geboten wird: dass dieses Nazi-Programm wählbar ist, dass es zur Hälfte finanziert wird mit unseren Steuergeldern und dass es, ausgestattet mit dem Parteien-Privileg, sich als eine Alternative in der Demokratie gebärden kann.«

SACHSEN

Dokumentarfilm zeigt »Tragödie der Provinz«

»Erschreckende Momentaufnahme« vom Treiben der Neonazis im Vogtland

Im Mai dieses Jahres feierte in Plauen/Vogtland der Dokumentarfilm »Die Tragödie der Provinz« Premiere. Der Film stellt eine »erschreckende Momentaufnahme« (Ostthüringer Zeitung) über neonazistische Aktivitäten im Vogtland dar. Gleichzeitig lassen die Filmemacher couragierte Menschen aus der Region zu Wort kommen.



Diskutierten im Malzhaus: Gisela Weck, stellv. Bürgermeisterin von Mylau/Vogtl., Rene Weber von MOVE Plauen, Nicole Schneider vom Mobilen Beratungsteam Thüringen sowie Ralf Zimmermann, Kameramann und Maik Baumgarten, Journalist und Autor des Filmes. Bild: P. Giersich

»Wir sind hier fünf vor zwölf«, das ist einer jener Sätze – in diesem Fall von der ehemaligen Thüringer Landtagsabgeordneten Diana Skibbe (Linke) aus Greiz – aus der Dokumentation »Die Tragödie der Provinz« des Berliner Journalisten Maik Baumgärtner. Er beschreibt treffend die aktuelle Situation im sächsisch-thüringischen Vogtland, wo es Neonazis in den vergangenen Jahren gelungen ist, ihre Ideologie durch Immobilienkäufe, Feste, Schulungen und eine Vielzahl von Straftaten zu etablieren.

Schon die Vorankündigung des Dokumentarfilms versprach einen spannenden Einblick in die Alltagswelt nicht-rechter Menschen im Vogtland. Daher folgten am 19. Mai rund 110 Menschen – vor allem junge Erwachsene – einer Einladung des Projekts »Menschen ohne Vorurteile erreichen« (MOVE) ins Plauener »Malzhaus«, um über den rund 35 Minuten langen Films zu diskutieren.

Der Film beginnt mit verschiedenen Bildern, die Neonazis, Rechtsrock-Konzerte und Schmierereien aus dem Vogtland zeigen und steigt inhaltlich direkt mit einem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Greiz im Jahr 2003 ein. Damals versuchte eine Gruppe Neonazis das Wohnheim durch Brandsätze anzuzünden, was letztlich allein durch die schnelle Reaktion eines Wachmannes verhindert worden war.

Besonders interessant ist ein anonymes Interview mit einer jungen Frau, die darüber berichtet, wie sie beinahe in die Neonazi-Szene abgerutscht wäre. Ein Ereignis, bei dem sie »Todesangst« empfand (sie und eine Gruppe von Freunden wurden von Neonazis nach einem Stadtfest durch die Straßen gejagt), löste bei ihr den Entschluss aus, sich lieber den Neonazis aus ihrer Stadt anzuschließen, statt jeden Tag darauf zu warten, wieder angegriffen zu werden. Später fasste sie dann die bemerkenswerte Entscheidung, lieber »keine Freunde mehr zu haben, als mit diesen Leuten rumzuhängen«.

Darüber hinaus kommen Vertreter aus der lokalen Zivilgesellschaft zwischen Greiz (Thüringen) und Plauen (Sachsen) zu Wort und berichten über ihre kleinen Erfolge und die großen Schwierigkeiten, sich in der Region gegen rechtes Gedankengut zu engagieren. Denn häufig gelten Menschen, die offen und laut das tatsächliche Problem ansprechen, als »Nestbeschmutzer«.

Der Film bietet einen Ein- und Überblick über neonazistische Strukturen im Vogtland, vor allem für Menschen, die mit der Materie bisher nicht vertraut waren. Für die seit Jahren vor Ort couragiert Handelnden, bietet der Film zwar wenig Neues, für sie ist er jedoch eine erschreckende Zusammenfassung ihrer alltäglichen Erlebnisse und Erfahrungen. Häufig war im Anschluss an die Premiere zu hören, dass man dankbar sei, mit dem Film nun ein »modernes Handwerkszeug« zu haben, mit dem man an Schulen, in Jugendclubs und bei Behörden Aufklärungsarbeit leisten und Diskussionen anregen kann.

Noch ist das Vogtland kein verlorenes Hinterland. Wenn Politik, Behörden und Zivilgesellschaft zukünftig an einem Strang ziehen, kann die »Tragödie der Provinz« gestoppt werden, darüber sind sich an diesem Abend ebenfalls alle einig.

Der Film wurde vom Landesvorstand Sachsen der VVN-BdA erworben. Kontakt: siehe Impressum.

BAYERN

Sichtbare Zeichen

Medienechos aus Regensburg und Augsburg

Um Historisches geht es meist – um fehlende Gedenktafeln und sonstige wichtige geschichtliche Hinweise. Entsprechende Initiativen der VVN-BdA finden immer wieder Resonanz in regionalen Medien.

So wurde in der Mittelbayerischen Zeitung Luise Gutmann zitiert, die anlässlich des alljährlich am 23. April von der VVN-BdA organisierten Gedenkwegs für die Opfer des Faschismus kritisiert hatte, dass der Stadtrat seit Jahren verspreche, für die Opfer des KZ-Außenlagers Colosseum eine Gedenktafel anzubringen, aber nichts tue: »›Das ist nichts anderes als eine große Schande für diese Stadt‹, sagte sie.« Ein CSU-Stadtrat hat in Regensburg übrigens unlängst – im Zusammenhang mit Forderungen nach sichtbaren Zeichen, die an die NS-Verbrechen erinnern – das Wort »Gedenktafel-Tourismus« in die Welt gesetzt.

Am 10. Juni bezog sich die Augsburger Allgemeine unter der Überschrift »NS-Kunst löst Streit aus« auf die Initiative des dortigen Kreisverbands der VVN-BdA, alte Nazi-Reliefs an renovierten Wohnhäusern in der Stadt betreffend (wir haben den Fall auf den Bayernseiten der vorigen antifa dokumentiert). Es handle sich um »Kunst am Bau« zitiert die Zeitung einen Vertreter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Zu Wort kommt aber auch der Vorsitzende der VVN Augsburg, Harald Munding, der einen »fragwürdigen Umgang mit unserer Geschichte« feststellt: »Munding und die VVN Augsburg fordern, dass man ein Hinweisschild auf die Historie dieser NS-Symbole anbringt, das fehle bislang völlig.«

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de
Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Umdenken zu Sachsenburg angemahnt

Gedenken an frühes KZ stößt in Öffentlichkeit auf wachsendes Interesse

Das von der LAG KZ Sachsenburg Anfang Juni organisierte diesjährige Sachsenburg-Gedenken fand das Interesse einer größeren Öffentlichkeit.



Klaus Bellmann, Mitglied der LAG Sachsenburg, bei einem Rundgang über das Gelände des ehemaligen KZ Sachsenburg. Sein Vater, Großvater und Onkel waren im KZ inhaftiert. Bild: P. Jattke

Sowohl Diskussionen und Vorträge im Rahmen des »Sachsenburger Dialogs«, geführte Rundgänge über das Gelände des früheren KZ, Zeitzeugengespräche, eine Ausstellung und die abschließende Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die weit über 2000 KZ-Häftlinge, waren stärker besucht als in den Vorjahren. Zudem wurde den Frankenbergern und ihren auch aus anderen Bundesländern angereisten Gäste in der Kirche St. Aegidien ein Gedenkkonzert mit Esther Bejarano (Jahrgang 1924), einer Überlebenden des KZ Auschwitz, und ihrer Gruppe »Coincidence« unter dem Titel »Per la Vita« (»Für das Leben«) geboten.

An der Gedenkveranstaltung am Denkmal vor dem ehemaligen Fabrikgebäude an dem Zschopau-Fluss in Sachsenburg nahmen 160 Angehörige und Leidensgefährten ehemaliger Häftlinge, Mitglieder der Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Buchenwald-Dora und Antifaschisten aus der Region und auch aus anderen Bundesländern teil. Hier fanden die Redner Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR (Fédération Internationale des Résistánts) und Horst Wehner, Vizepräsident des Sächsischen Landtages (DIE LINKE) große Zustimmung für ihre aufrüttelnden Worte.

Mahnende Worte zur Gedenkarbeit

Dr. Schneider ging auf Entwicklungen im heutigen Europa ein: »Geschichtspolitischen Konfliktlinien sind nicht zu übersehen. Die historische Wahrheit wird zunehmend verdrängt. Die Verbrechen des Faschismus werden relativiert, Kollaborateure rehabilitiert und zu ›Freiheitshelden‹ stilisiert. Wir verwahren uns gegen alle Versuche der Etablierung eines reaktionären Geschichtsbildes – geprägt von Totalitarismusdoktrin und Geschichtsverfälschung – in Europa.«

Ferner sagte der FIR-Generalsekretär: »Auch in unserem Land finden wir immer wieder Ansätze von Umdeutung von Geschichte. Dagegen ist geschichtspolitisches Handeln in antifaschistischer Perspektive dringend geboten. Wir müssen nicht nur der Opfer gedenken, auf die Verbrechen und die Täter hinweisen, sondern auch an die Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand erinnern. Der ›Sachsenburger Dialog‹ und die Gedenkveranstaltung hier am Mahnmal sind ein wichtiger Mosaikstein in dieser Auseinandersetzung.«

Unter großem Beifall übergab Dr. Schneider zur geschichtspolitischen Erinnerungsarbeit eine vom Belgischen Institut des Vétérans vorgelegt Landkarte mit den faschistischen Konzentrationslagern und Haftstätten. Von Polen bis Belgien, Dänemark bis Frankreich und Österreich: Aufgelistet sind über 2000 Orte, an denen Lager und/oder Haftstätten befanden – die Sachsenburg mittendrin.

Große Zustimmung fand der Vizepräsident des Sächsischen Landtages, Horst Wehner mit seinem Beitrag. Die Erinnerungspolitik im Freistaat Sachsen stehe im Kritik der deutschen Juden, erläuterte er. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrates, habe ein Ungleichgewicht in der Gedenkstättenpolitik der sächsischen Staatsregierung moniert. Wehner: »Die Waage, mit der die ›doppelte Vergangenheit‹ der Deutschen gewogen werde, neige sich im Freistaat Sachsen zugunsten der Opfer des SED-Regimes, sagt Salomon Korn. Die Verbrechen des Naziregimes werden dagegen als weniger schwerwiegend empfunden. Das führt dazu, dass der Zentralrat der Juden Anfang des Jahres 2004 seine Mitarbeit in der Gedenkstättenstiftung einstellt. Diesem Schritt schlossen sich die übrigen NS-Opferverbände der Sinti und Roma, der Wehrmachtsdeserteure, der Verfolgten des Naziregimes und der jüdischen Gemeinde in Dresden an. Dieser unhaltbare Zustand dauert bis heute an. Erst dieser Tage zeichnet sich eine Lösung ab. Der Zentralrat der Juden und die anderen NS-Opferverbände erwägen, in die Gedenkstättenstiftung zurückzukehren. Sie tun das allerdings nur unter einer Bedingung: Das Stiftungsgesetz müsse geändert werden. Es dürfe keine Gleichsetzung von NS-Verbrechen und den Untaten in der DDR mehr geben.«

Europäischem Parlament muss entsprochen werden

Hinter diese Forderung stellt sich auch die LAG Sachsenburg. In der Landesregierung und ihren Gedenkstätten-Institutionen sei ein Umdenken bei der Bewertung von Sachsenburg als größtes sächsisches KZ nötig. Zumal hier nicht das Scheinargument zieht, es handele sich um einen »Ort mit doppelter Vergangenheit«. Mit großer Sorge sei zu beobachten, dass in der Gedenkstättenarbeit Sachsens offensichtlich die von der DDR hinterlassenen Aktenberge höher gewichtet werden, als die Leichenberge der Faschisten. Endlich ist im Sinne der Entschließung 0284/93des Europäischen Parlamentes zu handeln und das »Konzentrationslager als historisches Mahnmal« unter Schutz zu stellen.

Der erste Lagerappell fand im KZ Sachsenburg im Juni 1933 statt. Bereits vom 2. bis 15. Mai 1933 befanden sich jedoch schon Häftlinge auf dem Schloss Sachsenburg, die zur Errichtung des Lagers eingesetzt wurden. Das Lager war das größte und am längsten bestehende in Sachsen. Die letzten Häftlinge wurden im Spätsommer 1937 nach dem Ettersberg bei Weimar verbracht, um dort das KZ Buchenwald mit aufzubauen.

Paul Jattke

V.i.S.d.P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Antifa-Veranstaltungen in Hamburg

Sonntag, 4. Juli
Grillfest im Vorgarten der Landesgeschäftsstelle
Für Essen und Getränke ist gesorgt, wir nehmen aber gerne weitere Köstlichkeiten zum gemeinsamen Verzehr entgegen.
15 bis 18 Uhr,
Hein-Hoyer-Str. 41

Sonntag, 1. August
Erinnerung an die Hinrichtung von August Lütgens, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolf am 1. August 1933
15 Uhr, ehem. »Weiberhof«, hinter dem Amtsgericht Altona

Samstag, 7. August
Sommerfest in Heideruh
Wie immer erwarten Euch in Heideruh ein reichhaltiges Musikprogramm und ein Überraschungsgast.
Abfahrten: 13.00 h ab Bf. Dammtor, gegenüber Shell-Tankstelle sowie 13.15 h ab HH-Harburg, Helmsmuseum, Knoopstraße. Rückfahrt ab Heideruh: ca. 21.00 h. Kosten: 6 Euro Fahrt, 12 Euro Kaffee/Grillbuffet.
Wir bitten um Anmeldung: mittwochs nachmittags ab 14 Uhr im Landesbüro (Tel. 314254) anmelden oder auf den Anrufbeantworter sprechen. Bitte unbedingt bei Eurer Anmeldung erwähnen, wo Ihr einsteigen wollt!
Wer zum Dammtor und abends vom Dammtor ein Taxi braucht, meldet bitte auch dieses im Landesbüro an.

Sonntag, 15. August
Gedenkfeier für die Opfer der Euthanasie
15 Uhr, Geschwister-Scholl-Ehrenfeld, Friedhof Ohlsdorf (nahe Kapelle 13)

Sonntag, 29. August
Antifa-Filmreihe
»Der gute Vater – eine Tochter klagt an«
Film von Yoash Tatari, 90 min.

Fortsetzung auf Seite 13

Neue Gedenkstätte eröffnet

Ehemalige Häftlinge kamen nach Tonndorf

Am 8. Mai wurde in Tonndorf im Beisein von rund zweihundert Menschen eine neue KZ-Gedenkstätte eröffnet.

Sie erinnert an das KZ Drägerwerk, ein Außenkommando des KZ Neuengamme. Im Juni 1944 wurde es für etwa fünfhundert Frauen errichtet, die vom KZ Ravensbrück aus nach Hamburg zur »Vernichtung durch Arbeit« transportiert wurden. Die meisten Frauen stammten aus der Sowjetunion und aus Jugoslawien. Sie mussten im Drägerwerk die »Volksgasmaske« herstellen. Die Verpflegung war völlig unzureichend, bei den geringsten oder angeblichen Vergehen gab es Peitschenhiebe. Das KZ grenzte an ein Wohngebiet. Die Einwohner mussten zur Lagerseite hin die Fenster verdunkeln. Wenn die Frauen ausgepeitscht wurden, was recht häufig vorkam, konnte man ihre Schreie in den Wohnungen hören. Im April 1945 wurden einige Frauen in andere Außenkommandos verlegt, die übrigen wurden am 3. Mai von britischen Truppen befreit.



Die Gedenkstätte mit Zaun und Waschbecken.
Bild: hjm

Die Gedenkstätte besteht aus einer Hinweistafel, dreieckigen Platten mit den Namen der Häftlinge, einem symbolischen Zaun und einem steinernen Waschbecken, das als einziges Inventar vom Lager übriggeblieben war. Eingeladen waren drei Frauen aus der früheren Sowjetunion, die damals hier inhaftiert waren. Trotz ihres hohen Alters berichteten die Opfer in beeindruckenden Reden über ihre schlimmen Erlebnisse. **hjm**

Gedenken an Helmuth Hübener

Anlässlich des 8. Mai

Die Hamburger VVN-BdA widmete den diesjährigen 8. Mai dem von der Nazi-Justiz ermordeten jugendlichen Widerstandskämpfer Helmuth Hübener. Ulrich Sander, Autor von »Jugendwiderstand im Krieg«, las am 6. Mai im Bürgerhaus Wilhelmsburg zusammen mit einer Schülerin aus seinem Buch.

Am folgenden Tag gab es im Zentrum für Aus- und Fortbildung einen Rundgang durch die Ausstellung »Jugendwiderstand in Hamburg: Helmuth Hübener und seine Freunde.« Beide Veranstaltungen wurden vom Landesjugendring, der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe und dem ver.di-Arbeitskreis Antirassismus mitgetragen.

Der »Fall Hübener« dürfte wohl kaum seinesgleichen suchen. Ein überdurchschnittlich intelligenter Verwaltungslehrling geht ins Jungvolk und die Hitler-Jugend und entwickelt sich ohne antifaschistisches Elternhaus zusammen mit Freunden zuerst zum Oppositionellen, dann zum Widerstandskämpfer. Helmuth Hübener und seine Freunde Rudolf Wobbe und Karl-Heinz Schnibbe waren gläubige Mormonen. Hinzu kam der Arbeitskollege Gerhard Düwer. Der sich verschärfende Druck der Nazis gegen die Mormonenkirche und der Drill in der Hitler-Jugend ließen Hübener allmählich an der Nazi-Herrschaft zweifeln. Er hörte mit anderen den Londoner Rundfunk ab und verbreitete die Nachrichten auf Flugblättern. Schon im Januar 1942 – die Front war gerade erst vor Moskau zum Stehen gekommen – schrieb er in einem Gedicht: »Dass Stalin sein Heer jetzt zum Siege hinführt, das hatte der Führer nicht einkalkuliert!«

Normalerweise durften selbst bei den Nazis Jugendliche nicht zum Tode verurteilt werden. Das Gericht drehte die Sache so, dass Hübener wegen seiner außergewöhnlichen Intelligenz nach dem Erwachsenenstrafrecht behandelt werden müsste. Er wurde am 27. Oktober 1942 in Berlin-Plötzensee im Alter von siebzehn Jahren hingerichtet.

Ulrich Sander kritisierte auf der Lesung, dass es in den Medien in den 1950er Jahren kaum Interesse an Helmuth Hübener gab, obwohl schon sehr früh Veröffentlichungen über ihn existierten. Er erklärte das so: Die meisten Medienleute seien im Krieg in Hübeners Alter gewesen, und es wäre ihnen daher peinlich, dass ein Jugendlicher im Widerstand sein Leben geopfert hat, während sie selbst Nazi-Mitläufer waren. Ein Teil von Hübeners Verwandtschaft und Bekanntenkreis wanderte in die USA in die Mormonen-Hochburg Utah aus. Auch die sehr obrigkeitsfrommen Mormonen in den USA hätten, so Sander, mit ihrem Glausbensbruder Helmuth Hübener lange Zeit nichts anfangen können, aber das habe sich inzwischen geändert.

Und heute im Fernsehen, so bemängelte Ulrich Sander, werde mehr über Hitlers Schäferhund gezeigt als über den Jugendwiderstand im Krieg. Aber vielleicht gibt es ja 2012, wenn sich Hübeners Todestag zum 70. Mal jährt, endlich einen Fernsehfilm über ihn und seine Mitstreiter.

Hans-Joachim Meyer

Soldatenfriedhof Ohlsdorf: Meterhohes Banner erinnerte an Hamburger Opfer der NS-Militärjustiz

Sie sollen nicht länger anonym bleiben

Anfang Juni hat die Willi-Bredel-Gesellschaft, eine der Geschichtswerkstätten Hamburgs, am Denkmal für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs auf dem Soldatenfriedhof Ohlsdorf ein 5 mal 4 Meter großes Transparent befestigt.



Das Tuch, das für die Dauer von 14 Tagen am Denkmal verblieb, listet erstmals für Hamburg die Namen und Hinrichtungsdaten von 68 »Fahnenflüchtigen« und »Wehrkraftzersetzern« auf, die Opfer der Kriegs- und Feldgerichte der Wehrmacht geworden waren und heute – nicht unterscheidbar von den Gefallenen des Zweiten Weltkriegs – in Ohlsdorf bestattet sind. Die Aktion war Auftakt eines Projekts, mit dem die Willi-Bredel-Gesellschaft diese Opfer aus der Anonymität holen und ihre Namen, Gesichter und Biografien veröffentlichen will. Sie wurden zumeist auf dem Schießplatz des Truppenübungsplatzes am Höltigbaum in Rahlstedt oder im Hof des Untersuchungsgefängnisses am Holstenglacis hingerichtet. Am 5. Juni gab es zu diesem Thema eine Fahrrad-Rundfahrt zu den Grabstätten auf dem Ohlsdorfer Friedhof und eine Abendveranstaltung im »Grünen Saal« der Willi-Bredel-Gesellschaft. Außerdem strebt die Geschichtswerkstatt gemeinsam mit Vereinen, Einrichtungen und Historikern die Errichtung einer Erinnerungsstätte für alle Hamburger Opfer der faschistischen Militärjustiz an. **René Senenko/hjm**

Ultrarechte Partei am Ende

DVU schließt Vorsitzenden aus

Matthias Faust aus Hamburg, Bundesvorsitzender der ultrarechten DVU, wurde von seiner eigenen Partei ausgeschlossen.

Als Grund wurde angegeben, er hätte ohne Rücksprache mit seiner Partei eine Fusion der DVU mit der NPD angekündigt. Ob ausgeschlossen oder nicht, eine Übernahme der DVU durch die NPD ist wohl unausweichlich. Denn nach dem Rückzug des Multimillionärs Gerhard Frey ist die Partei politisch und finanziell am Ende. Erst im Januar 2009 war Faust zu Freys Nachfolger gewählt worden. Die Hamburger DVU, die zeitweise in einigen Bezirksparlamenten vertreten war, gilt als völlig überaltert und soll nur noch rund 150 Mitglieder haben. **hjm**

Nur wenige überlebten

Vor 70 Jahren wurden Hamburger Sinti und Roma deportiert

Wie Juden wurden auch Sinti und Roma von den Nazis diskriminiert und verfolgt. Auch für sie galten die »Nürnberger Gesetze“ von 1935. Viele wurden zwangssterilisiert oder kamen als »Asoziale« ins KZ. Am 21. September 1939 beschloss eine von Heydrich einberufene Konferenz, alle Sinti und Roma ins besetzte Ostpolen zu deportieren.

In Hamburg startete die Aktion am 16. Mai 1940. Morgens um 4 Uhr wurden von der Kriminalpolizei rund 550 Sinti festgenommen – Männer, Frauen und Kinder – und in sechs Polizeiwachen festgehalten.

Dann brachte man sie in einen Lagerschuppen im Freihafen an der Baakenbrücke. Wer 14 Jahre und älter war, wurde fotografiert und bekam eine Nummer auf den Unterarm tätowiert. Dazu kamen 450 Sinti aus Schleswig-Holstein und dem Raum Hannover. Am 20. Mai wurden sie vom Güterbahnhof am Lohseplatz deportiert, am gleichen Ort, wo später die Transporte mit Juden nach Theresienstadt oder zu den osteuropäischen Judengettos abgingen.

Den Sinti erzählte man, sie würden in Ostpolen ein Stück Land bekommen. Sie kamen aber ins Konzentrationslager Belzec, das damals noch im Aufbau war. Wer arbeiten konnte, musste in der Nähe der sowjetischen Grenze einen Panzergraben ausheben. Die anderen, auch die Kinder, wurden als »unnütze Esser« dem Hungertod preisgegeben oder erschossen. Im Juli 1940 kamen sie in andere Lager, die meisten nach Krychów. Im Januar 1941 wurde dieses Lager aufgelöst, die Sinti wurden ihrem Schicksal überlassen. Später wurden sie von der SS erneut eingefangen und in die Gettos von Siedlce und Warschau verschleppt. Man schätzt, dass achtzig Prozent der 1940 deportierten Sinti und Roma umgekommen sind.

Die Hamburger Sinti und Roma veranstalteten zum 70. Jahrestag der Deportation am Ort des Verbrechens, dem Lohseplatz, eine Feierstunde mit einem Konzert. Hauptredner war Lilo Weiß, dessen Angehörige zum großen Teil in der Nazizeit umgekommen oder ermordet worden waren. **hjm**

Redaktion: H.-J. Meyer

Nächster Redaktionsschluss ist Donnerstag, der 12. August.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg
Haspa, BLZ 200 505 50
Kto-Nr. 1206/127 183

Antifa-Veranstaltungen in Hamburg

Fortsetzung von Seite 12

Beate Niemann wußte nicht, dass ihr Vater als Mitglied der Gestapo viele Menschen getötet hat. Sie wollte ihren »armen, unschuldigen Vater« rehabilitieren, weil er 25 Jahre im DDR-Knast saß. Dass Bruno Sattler ein Massenmörder war, erfuhr sie erst nach dem Fall der Mauer.
17 Uhr, Kino Metropolis

Sonntag, 12. September
Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg
11 h, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Sonntag, 19. September
Antifa-Filmreihe
»Das Jahrhundert des Sturms“
Film von Fernando Birri nach dem Buch von Eduardo Galeano, 86 min.
Geschichte des 20. Jahrhunderts aus lateinamerikanischer Sicht.
17 Uhr, Kino Metropolis

88 Angeklagte in einem Prozess

Erinnerung an den Widerstand in Hanau

Insgesamt 160 Jahre und neun Monate Zuchthaus- oder Gefängnishaft verhängte das Oberlandesgericht Kassel am 7. Juni 1935 gegen 72 der 88 Angeklagten aus Hanau und Umgebung. 16 mussten mangels Beweises freigesprochen werden. Angeklagt waren sie wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« gegen die seit zwei Jahren herrschende Nazidiktatur.

Eine Broschüre der VVN über den 88er-Prozess ist schon lange vergriffen. Aber ein paar Nachkommen der Angeklagten haben sie noch. Eine von ihnen ist Käthe Klösters, Tochter des ehemaligen Hanauer KPD-Stadtverordneten Heinrich Eckhardt, der zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und bis zur Selbstbefreiung der Häftlinge im KZ Buchenwald inhaftiert war. Auch der Vater des 83-jährigen Alwin Borst, Wilhelm Borst, wurde als Leiter der KPD-Gruppe Klein-Krotzenburg zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und war nach dem Zuchthaus bis



Alwin Borst. Sein Vater Wilhelm war von 1935 bis 1945 inhaftiert. kp

1945 Häftling in den KZs Dachau, Flossenbürg und Buchenwald.

Die Kinder der Angeklagten sind – wenn sie überhaupt noch leben – um die 80 Jahre alt. Die Generationen der Enkel und Urenkel wissen nur wenig davon, was ihre Groß- und Urgroßeltern in der Nazizeit durchgemacht haben. Mehr erfuhren sie, als Alwin Borst im Juni in Hanau 75 Jahre nach dem Kasseler Urteil berichtete, was ihm sein Vater erzählt und was er selbst beim Studium der Prozessliteratur über den Mammutprozess herausgefunden hat.

Im Mittelpunkt der Anklage stand der »Wiederaufbau des Unterbezirks Hanau der illegalen KPD, die Schaffung fester Verbindungen zwischen den einzelnen Ortsgruppen, eine umfassende Presse-Propaganda zur Förderung des inneren Zusammenhalts der neuen Organisation«. Aber es saßen nicht nur 54 Kommunisten auf der Anklagebank, sondern auch vier Sozialdemokraten und 30 Beschuldigte, die vor 1933 parteilos waren. Unter ihnen waren zwölf ehemalige Gemeindevertreter, ein Stadtverordneter und ein Kreistagsabgeordneter.

In der Illegalität hatte die KPD ihre Organisation umgebaut. Kleine Zellen mit fünf Mitgliedern wurden die Bausteine der elf Ortsgruppen, die den Unterbezirk Hanau bildeten. In den Zellen wurden Mitgliedsbeiträge kassiert und Spenden gesammelt, Losungen gegen die Nazis gemalt, Flugblätter und Streuzettel verteilt sowie Zeitungen und Broschüren verkauft. Im Januar 1935 gab der Unterbezirk Hanau eine eigene Zeitung, die »Freiheit«, heraus. 450 bis 500 Exemplare druckten sie in der Wohnung des Unterbezirksleiters Philipp Jörg in Klein Auheim, weitere Ausgaben in einer Wohnung in Klein-Krotzenburg.

Die Nazis hatten aber nicht nur die aktiven Verbreiter der KPD-Zeitungen, sondern auch Käufer verhaftet und angeklagt. So auch den Sozialdemokraten Albert Niclas, über den es im Urteil des 88er-Prozesses heißt: »Ihm brachte der Angeklagte Bär erstmals im Dezember 1934 eine ›Rote Fahne‹ und sodann im Januar 1935 ein Stück der ›Freiheit‹, für die er jeweils sofort 10 Reichspfennig bezahlte.« Das reichte dem Gericht, um Niclas zu 18 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Der Hauptangeklagte Unterbezirksvorsitzende Philipp Jörg wurde mit acht Jahren Zuchthaus am härtesten bestraft. Er kam nie wieder frei. 1944 starb er im KZ Dachau. Weitere 40 Angeklagte erhielten ebenfalls Zuchthausstrafen, 31 wurden zu Gefängnis verurteilt.

Klaus Poweleit

Kassel: Straßenfußball als politische Integration

Auch Informationsangebote wurden genutzt

Auch ohne unmittelbaren Anlass sind antirassistische Initiativen notwendig. So sahen es die Veranstalter des dritten antirassistischen Straßen-Fußballturniers »Kick rechts weg«, das am 12. Juni in Kassel auf dem großen Platz vor dem Kulturbahnhof stattfand.

Eingeladen waren Mannschaften aus Jugendzentren, Straßenkicker aus den Stadtteilen und Hobbyspieler aus politischen Organisationen. Gut 350 Jugendliche nahmen teil. Sie repräsentierten mehr als zwei Dutzend Nationen, die in Kassel ansässig sind.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Das besondere Anliegen dieses Straßen-Fußballturniers ist es, einen Beitrag gegen rassistische Ausgrenzung für gesellschaftliche Integration zu leisten. Dazu gehörten verschiedene Angebote von Gruppen und Initiativen, die im Begleitprogramm des Fußballturniers ihren Platz hatten. Die DGB-Jugend und zahlreiche andere Jugendorganisationen waren mit Aktions- und Infoständen vertreten.

Auch die Kasseler VVN-BdA beteiligte sich mit konkreten Beiträgen an dieser Veranstaltung. So konnte die neue Ausstellung zum Neofaschismus in Deutschland, die Ende April fertig gestellt worden war, dort präsentiert werden. Während der Spielpausen kamen immer wieder Mannschaften und informierten sich an den insgesamt 26 Stelltafeln. Aber auch Besucher und Zufallsgäste, die eigentlich zum Hauptbahnhof wollten, verweilten länger vor den Ausstellungstafeln und lasen interessiert die Erläuterungen. Dass es dabei zu zum Teil lebhaften Debatten kam, war durchaus gewünschtes Ergebnis dieser Präsentation.

Mitgliederversammlung der VVN-BdA Hessen

Samstag, 30. Oktober
14 bis 17.30 Uhr
Frankfurt a. M.
Saal der AWO Nordend,
Eckenheimer Landstr. 93,
mit U5 bis Glauburgstraße

Ein besonderes Angebot bildeten historische Führungen, die die geschichtliche Bedeutung des Hauptbahnhofs nachzeichneten. Heidi Sieker führte die Besucher in die »Katakomben« des Bahnhofs und erläuterte die Rolle der Anlage im Bombenkrieg, während Ulrich Schneider auf die Funktion dieses Bahnhofs als Ausgangspunkt der Deportationen in der faschistischen Vernichtungspolitik hinwies. Beide Angebote stießen auf gute Resonanz nicht allein bei den Besuchern des Fußballturniers.

Die Veranstalter zogen eine positive Bilanz dieser Aktion und kündigten an, auch im kommenden Jahr diese Initiative fortzusetzen. Die VVN-BdA wird wieder dabei sein.

Ulrich Schneider

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 50010060

Alles für ein »Nie wieder!«

Erkenntnisse aus Warschau und Treblinka

Organisiert von der Rüsselsheimer Initiative gegen Rechtsextremismus, die von Mitgliedern des DGB, der VVN-BdA und aus Kirchengemeinden geleitet wird, reisten 26 Bürger/innen aus Süd- und Nordhessen nach Warschau und Treblinka.

Anlass der Studienreise war der 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Die Teilnehmer wollten sich vor Ort insbesondere über die Geschichte des Warschauer Ghettoaufstandes von 1943 und über das von den deutschen Nazis errichtete Vernichtungslager Treblinka informieren.

Kooperationspartner der Studienreise waren die Rüsselsheimer Stiftung Alte Synagoge und der Förderverein für Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau. Die Reisegruppe setzte sich vorwiegend aus sozial engagierten Menschen aus Kirchengemeinden, Gewerkschaften und Sozialverbänden zusammen. Mit Karl Forster aus Berlin hatten die Veranstalter einen ebenso fachkundigen wie engagierten Reiseleiter gewonnen.



VVN-Landessprecher P.C. Walther bei der Niederlegung eines Blumenbuketts namens der Studiengruppe aus Hessen am Denkmal des Ghettoaufstandes in Warschau. Bild: Hans Zinkeisen

Wie die Rüsselsheimer feststellten, gewannen die Teilnehmer ein erhebliches Wissen über Ausmaß und Folgen der nazideutschen Gewaltherrschaft in Polen, deren Opfer nicht nur die polnische Bevölkerung und insbesondere die Juden, sondern auch Menschen aus anderen europäischen Ländern waren. Der Aufenthalt an den Orten des Naziterrors verstärkte bei den Teilnehmern den Willen, alles zu tun um ein »Nie wieder« zu einer solchen Entwicklung zu erreichen.

Die Besucher aus Hessen erfuhren zugleich Interessantes und bis dahin Nichtbekanntes über Land und Leute im heutigen Polen. Die vor Ort gewonnenen Erkenntnisse sowie die Informationen aus kundigen Quellen, darunter die Leiterin des Warschauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Frau Dr. Joanna Gwiazdecka, führten zu einem wesentlich umfassenderen und differenzierteren Polenbild. Ebenso erlebnisreich waren die Eindrücke von der Stadt Warschau mit ihren vielen wiedererrichteten schönen Bauwerken, Grünanlagen und Straßen, sowie der Besuch eines einstündigen Chopin-Klavierkonzerts exklusiv für die Besucher aus Hessen.

Bei ihren Gesprächspartnern in Polen fand die Reisegruppe aus Hessen starke Beachtung. Sowohl der Leiter des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, Dr. Jürgen Hensel, als auch der Direktor der Gedenkstätte Treblinka, Dr. Edward Kopowka, äußerten sich beeindruckt vom Interesse und der Anteilnahme der Besucher, wie vor allem auch von der breiten gesellschaftlichen Zusammensetzung der Gruppe. **pcw**

Zeitzeugnisse als Broschüre erschienen

Philipp Benz als Historiker

Philipp Benz ist mit 98 Jahren nicht nur der letzte noch lebende Häftling des frühen Konzentrationslagers Osthofen, er ist als Zeitzeuge auch ein profunder Kenner des antifaschistischen Widerstands und der politischen Nachkriegsentwicklung in seiner Region.

In dieser Eigenschaft hat er, als die Geschichtsvergessenheit auch im Westen dieser Republik deutlich zunahm, als Zeitzeuge in Schulklassen und Jugendgruppen gewirkt, aber auch eigene Aufsätze zum Weg in den Faschismus, zum Widerstand und zum demokratischen Neubeginn geschrieben.

Anlässlich seines 98. Geburtstags im März 2010 wurde eine Sammlung dieser Beiträge von der VVN-BdA Starkenburg unter dem Titel „Zeitzeugnisse" vorgelegt. In diesem Band sind auf 176 Seiten über zwanzig Texte veröffentlicht, die Philipp Benz entweder für die »Zeitung für Darmstadt« oder Radio Darmstadt geschrieben hat. Dies prägt in gewisser Weise den Charakter der Texte, die weniger von der Unmittelbarkeit der Sprache des Zeitzeugen, sondern mehr von der analytischen Aufklärung geprägt sind.

Benz schlägt in dieser Sammlung einen großen inhaltlichen Bogen, beginnend mit der Erinnerung an den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Er behandelt den Weg in den Faschismus und benennt dabei die Planung des faschistischen Terrors in den Boxheimer Dokumenten. Natürlich spricht er über seine eigenen Erlebnisse im Widerstand und als Häftling des KZ Osthofen. Den chronologischen Abschluss bilden Texte über die bundesdeutsche Friedensbewegung, u.a. die Aktionen der Friedenskräfte in den 50er Jahren gegen den Korea-Krieg. Dabei würdigt er auch Mitstreiter und politische Weggefährten, wie Georg Fröba, Kommunist und Widerstandskämpfer, der im Oktober 1944 in Frankfurt-Preungesheim hingerichtet wurde, den Buchenwald-Häftling Wilhelm Hahmann, der sich große Verdienste bei der Rettung der Kinder erwarb, die kommunistische Reichstagsabgeordnete Franziska Kessel, die im April 1934 im Frauenzuchthaus Mainz ums Leben kam, die Landtagsabgeordnete der KPD Cäcilie Schäfer oder Renate Riemeck, die er als profilierte Vertreterin der bundesdeutschen Friedensbewegung beschrieb. Nicht zu vergessen beispielsweise Martin Niemöller, der spätere Kirchenpräsident der evangelischen Landeskirche von Hessen-Nassau, oder der Darmstädter Deserteur Georg Schnauber.

Den Abschluss dieser eindrucksvollen und informativen Aufsatzsammlung bildet ein Interview, dass Hanni Skroblies von der Geschichtswerkstatt Darmstadt mit Christine Benz, der Ehefrau und langjährigen politischen Weggefährtin von Philipp Benz, geführt hat. Diese Aufsatzsammlung ist mehr als eine gelungene Geburtstagsgabe. Erfahrungen werden weitergegeben. **Ulrich Schneider**

Bezug der Broschüre über VVN-BdA Starkenburg, p.A. LinksTreff Georg Fröba, Landgraf-Philipp-Anlage 32, 64283 Darmstadt, Preis: 5 Euro zzgl. Versandkosten.

Antifa-Termine in Brandenburg

5. Juli
Stolpersteinverlegung für Bruchmühler Widerstand
9.30 Uhr, Altlandsberg-Bruchmühle, Fichtestraße 15 und 10 Uhr, Radebrück 23
Infos unter E-Mail: euh-rohmann@t-online.de, Tel. (033439) 81754

10. Juli
Manschnow: Nazis blockieren!
Mehr Infos unter: www.brandenburg-nazifrei.de

24. bis 30. Juli
Antifaschistisches »Ravensbrück-Workcamp«
Infos: ravensbrueckcamp.blogsport.de

Kampagne Erinnerungsorte

2000 Unterschriften

Die »Volksinitiative für die Schaffung würdiger Erinnerungsorte an die während der NS-Zeit in Brandenburg Verfolgten und Ermordeten« (*antifa* berichtete) ist erfolgreich angelaufen.

Mittlerweile haben über 2000 BürgerInnen unser Anliegen unterstützt. Mit der Volksinitiative sollen konkrete Schritte zur Errichtung würdiger Gedenk- und Erinnerungsorte gefordert werden. Beispiele hierfür sind das Vernichtungskommando Klinkerwerk des KZ Sachsenhausen, das Jugend-KZ für Mädchen und junge Frauen und Vernichtungslager Uckermark und das KZ Lieberose. Noch bis Mai 2011 können die benötigten 20000 Unterschriften im Land und darüber hinaus gesammelt werden.

Infos und Unterschriftenlisten unter: brandenburg.vvn-bda.de/erinnerungsorte.

No Pasaran! in Straußberg

Erfolgreich Nazi-Kameradschaft blockiert

Strausberg, die 27000-Seelen-Stadt im Osten Berlins, war die vierte Station der neonazistischen Kameradschaft Märkisch-Oderland/Barnim (KaMOB) in Ostbrandenburg. Strausberg ist aber auch der Sitz des in Gründung befindlichen jüngsten Kreisverbandes der VVN-BdA (Märkisch-Oderland).



Stopp nach 500 Metern: Mit mehreren Blockaden verhinderten über 1000 Menschen einen Naziaufmarsch in Straußberg.

Für seine Aktiven war es der zweite Einsatz gegen den braunen Mob und zugleich der erste Erfolg. Ein breites Bündnis aus Strausberg und Umgebung hatte zum Fest und zur Blockade gegen die Neonazis aufgerufen und über 1000 Menschen waren dem gefolgt.

Ungefähr 700 Antifaschisten stellten sich dabei den Nazis direkt am Bahnhof und verhinderten mit Pfeifen, Trillern und fantasievollen Sprechchören, dass die etwas mehr als 60 angereisten Nazis zu Wort kamen. Die massiv angereiste Polizei (darunter auch die bekannten Berliner Schlägertrupps) setzten dann mit massiver Gewalt und unmotivierten, nicht begründbaren Pfeffersprayattacken auf friedliche Bürger den Marsch der Nazis durch. Doch die Freude auf Seiten der Nazis und der »Ordnungskräfte« währte nur kurz: Nach 100 Metern gab es die erste kleine Blockade, die noch gewaltsam geräumt wurde, doch nach 500 Metern war kein Durchkommen möglich. Dort saßen dann mehr als 300 Menschen mit Dagmar Enkelmann MdB, Kerstin Kaiser MdL und der Bürgermeisterin der Stadt Strausberg, Elke Stadeler, in der ersten Reihe. »No Pasaran!«, hieß es dort.

Erstmals an diesem Tag zeigten sich auch Polizei einsichtig und verzichtete nach zaghaften Versuchen auf die Räumung der Blockade. Gegen 14 Uhr führten sie die Nazis zum Bahnhof zurück.

Damit konnte das Bündnis »Brandenburg nazifrei« bisher drei von vier Aufmärsche verhindern; Bernau, Eberswalde und Strausberg blieben nazifrei, während die Polizei in Bad Freienwalde mit übermäßiger Härte einen Marsch von 40 Neonazis durchgesetzt hatte. Joachimsthal und Biesenthal hat die KaMOB selbst abgesagt. Es bleibt noch Manschnow im Küstriner Vorland am 10. Juli – ein Pflichttermin für alle demokratischen Menschen in Brandenburg und Berlin! **Klaus Linke**

Gegen den Unsinn in den Köpfen

Walter Ruge zum 95. Geburtstag

In der Mitte seines neunten Lebensjahrzehnts hat Walter Ruge ein neues Tätigkeitsfeld für sich entdeckt – das des Publizisten. 2004 veröffentlichte er in Frankreich und 2006 in Deutschland seine Erinnerungen.

Und die haben es in sich: Aufgewachsen in einer kommunistischen Lehrerfamilie, als Roter Jungpionier und in der kommunistischen Jugendbewegung sozialisiert. Im Elternhaus trafen sich die Funktionäre der KPD-Führung und der Komintern. Längere Aufenthalte in Frankreich mit seinem Bruder Wolfgang weiteten den Blick für andere Lebensweisen und verhinderten nationalistischen Dünkel.

1933 organisierte die Komintern die konspirative Übersiedlung der Brüder Ruge in die Sowjetunion. Walter lernte, wurde Röntgeningenieur, arbeitete am Moskauer Institut für Röntgenologie und Radiologie und lebte das Leben eines sowjetischen Werktätigen. Bis 1941. Am 26. Juli 1941 wurde er verhaftet. Am 31. Januar 1942 erging in absentia das Urteil: Zehn Jahre Lager wegen »Spionage für Deutschland«.



Walter Ruge am 8. Mai am sowjetischen Ehrenmal in Potsdam.

Nach der Rehabilitierung 1955 kehrte er 1958 nach Deutschland, nach Potsdam, zurück. Walter lebte das Leben der DDR-Bürger: als Kampfgruppenmitglied, als Film-Kleindarsteller, als Organisator und Seele der Radwandergruppe von Turbine Potsdam.

Der Autor (Treibeis am Jenissei, 2006) und Publizist (u.a. Junge Welt und RotFuchs), der Langstreckenradfahrer und -schwimmer, das Gründungsmitglied unseres Landesverbandes ist 95 geworden.

Er sammelt nach wie vor erfolgreich politische und persönliche Freunde und versucht mit ihnen gemeinsam, den Unsinn von den im wesentlichen gleichzusetzenden »zwei Diktaturen in Deutschland« aus den Köpfen zu vertreiben. Er fährt auch im 96. Lebensjahr mit dem Fahrrad. **A. D.**

Redaktion: Landesvorstand
VVN-BdA Land Brandenburg
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,
Tel.: (0151) 53624440
Fax: (0331) 2805881
E-Mail: brandenburg@vvn-bda.de
www.brandenburg.vvn-bda.de
Unser Spendenkonto: GLS Bank, BLZ 43060967, Konto 1102861500